



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 374.003
Abo-Nr.: 1044548
Seite: 20
Fläche: 59'089 mm²



Wachsende Bedrohungen interessieren die Bürgerlichen nicht: Die Kantonspolizei muss Millionen einsparen. Foto: Urs Jaudas

Der Kantonsrat will noch mehr sparen als die Regierung

Die Linke nennt die Arbeit der Finanzkommission «eine Schande».

Liliane Minor und Helene Arnet

In wenigen Monaten will der Regierungsrat detailliert darlegen, wie er bis ins Jahr 2019 rund 1,8 Milliarden Franken zu sparen gedenkt. Doch so lange mochten die bürgerlichen Fraktionen im Kantonsrat nicht warten. Sie versuchten gestern schon, den einzelnen Direktionen vorzuschreiben, wer wann wie viel sparen muss. Das brachte ihnen harsche Kritik der linken Ratsseite ein: Unseriös und schludrig seien die An-

träge der Bürgerlichen.

Anlass für das Hickhack war die Debatte um den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2017-2020 (KEF). Der KEF bildet die finanzielle Entwicklung des Kantons für die nächsten vier Jahre ab - allerdings ist das Sparpaket der Regierung darin noch nicht enthalten. Und das passte der kantonsrätlichen Finanzkommission nicht. Mittels elf Erklärungen sollten die Sparziele bereits jetzt im Finanzplan verankert und



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 374.003
Abo-Nr.: 1044548
Seite: 20
Fläche: 59'089 mm²

teilweise verschärft werden. «Unsere Erklärungen sind die Bestätigung und Konkretisierung der regierungsrätlichen Pläne», sagte Beatrix Frey-Eigenmann (FDP, Meilen), die Präsidentin der Finanzkommission. Eine inhaltliche Diskussion habe aber «bewusst noch nicht stattgefunden».

SVP, FDP, CVP, GLP und EDU erachteten diese Erklärungen als bitter nötig. Peter Vollenweider (FDP, Stäfa) warnte, ohne Sparmassnahmen drohe in zwei Jahren eine Steuerfusserhöhung um 12 Prozent. Yvonne Bürgin (CVP, Rüti) fand, damit effektiv gespart werde, brauche es Druck, und zwar nicht nur auf die Direktionen, sondern auch auf die Angestellten: «Das erhöht die Kreativität.» Mit Misstrauen gegenüber der Regierung habe das nichts zu tun - vielmehr gehe es darum, der Regierung den Rücken zu stärken.

Gegen sämtliche elf Erklärungen sprachen sich SP, EVP und Grüne aus. Zwar anerkannten die drei Parteien auch, dass der Kantonshaushalt ausgeglichen werden muss. Aber das Vorgehen der Finanzkommission sei «ein abgrundtiefes Misstrauensvotum», wie es Martin Sarbach (SP, Zürich) formulierte.

Warum gab es keinen Dialog?

Dass etliche Sparziele früher als von der Regierung geplant erreicht werden sollen, kritisierten mehrere Redner als unseriös. Denn für einige Sparanträge sind Gesetzesänderungen nötig, und das brauche Zeit. «Oder schreibt und verabschiedet die Präsidentin der Finanzkommission diese Gesetze ganz allein», fragte Esther Guyer (Grüne, Zürich) sarkastisch. Die Arbeit der Finanzkommission sei «eine Schande».

Frey-Eigenmann musste sich zudem vorwerfen lassen, die Regierungsräte nicht an die Sitzungen der Finanzkommission eingeladen zu haben. Was Martin Sarbach spöttisch quittierte: «Sie wollen der Regierung den Rücken stärken. Dann wäre es aber gut gewesen, die Regierung vorher zu fragen.»

Eine Einschätzung, die Mario Fehr

(SP) indirekt bestätigte. Fehr vertrat den abwesenden Finanzdirektor und Regierungspräsidenten Ernst Stocker (SVP). Es habe «leider keinen Dialog mit der Finanzkommission» gegeben, sagte Fehr. Was die Finanzkommission verlange, enge den Spielraum der Regierung zu sehr ein: «Noch sind die Arbeiten am Sparpaket nicht beendet, dennoch wollen Sie jetzt schon detaillierte Ziele festlegen.» Die Regierung lehne alle elf Anträge ab.

Betroffen: Polizei, ZVV, Schule

Dennoch führen die Bürgerlichen in den Abstimmungen Erfolg um Erfolg ein.

- Die Kantonspolizei soll 10 Millionen Franken pro Jahr sparen. Daniel Frei (SP, Niederhasli) erinnerte vergeblich an die erhöhte Terrorgefahr. Der Antrag kam mit 104:65 Stimmen durch.

- 54 Millionen Franken im Jahr sollen im Sozialbereich gespart werden. Grösstenteils müsste das Geld bei den Heimen gestrichen werden, warnte Andreas Daurù (SP, Winterthur). Der Rat sagte mit 107:62 Stimmen Ja.

- Im öffentlichen Verkehr sollen im Jahr 134 Millionen Franken eingespart werden. Rosmarie Joss (SP, Dietikon) warnte als Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vergeblich davor, dies hätte einen «Kahlschlag» beim ZVV zur Folge. Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen) erinnerte daran, dass der Rat den ZVV-Kredit und die ZVV-Strategie bereits bewilligt habe, und Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil) sprach von «Sparen mit der Brechstange». Das Ausmass präziserte Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Zahlt der Kanton weniger an den ZVV, geben auch die Gemeinden weniger ab. Der Rat unterstützte die Erklärung mit 90:82 Stimmen.

- Mit 100:59 Stimmen (bzw. 103/101:59) wurden die Kürzungen im Bereich der Volksschule, des Gymnasiums und der Berufsschule unterstützt. «Das Bildungssystem hat viel Fett angesetzt», sagte Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). SP, Grüne und AL standen auf verlorenem Posten.